

40 Jahre Gemeindefusion – Zwangsvereinigung, Vernunftehe, Liebesheirat?

Mit der Unterzeichnung des Fusionsvertrags der Gemeinden Eggenstein und Leopoldshafen am 17. Mai 1974 wurde das Ende der Selbständigkeit der Hardtgemeinden im Rahmen der Verwaltungsreform besiegelt. ...

2. Teil – Die Vorgeschichte mit Irrungen und Wirrungen

Wie war es dazu gekommen? Wer waren die Akteure im Vordergrund und hinter den Kulissen? Den Geschichtsbüchern unseres ehemaligen Gemeindecarchivars Steffen Dirschka sind folgende Informationen zu entnehmen:

Das „Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden“

In der Region um Karlsruhe waren es bereits seit den sechziger Jahren vor allem die Stadtverantwortlichen, die immer wieder eine Arrondierung ihres Gebiets durch Eingemeindung der umliegenden Orte gefordert hatten. Doch Landrat Groß und die Bürgermeister waren hellhörig und organisierten einen entsprechend starken Protest, so dass das Thema auch seitens der Stadt zunächst auf Eis gelegt, aber natürlich nicht vergessen wurde.

Landesweit bekam die Verwaltungsreform durch einen kommunalrechtlichen Arbeitskreis beim 4. Deutschen Juristentag in der Mitte der 60er Jahre einen weiteren Impuls. Dieser hat die Auffassung vertreten, dass viele kleine Gemeinden die zukünftigen Anforderungen nicht mehr erfüllen können. Darüber informierte Landrat Groß seine Bürgermeister am 14. Oktober 1964 im Eggensteiner Feuerwehrhaus mit der Warnung, den Einfluss dieser Juristen auf die Gesetzgebung nicht zu unterschätzen.

Es kam, wie es kommen musste; mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden“ am 26. März 1968 begann das Ringen um die Verwaltungsreform Baden-Württemberg.

Noch hatten die im Raum Karlsruhe amtierenden Bürgermeister keine größeren Bedenken, als bei einer Informationsveranstaltung des Regierungspräsidiums im September 1969 eine vorläufige Zielplanung des Innenministeriums vorgestellt wurde, sah sie doch die Belassung der Karlsruher Stadtgrenzen vor und forderte eine stärkere Zusammenarbeit der Umlandgemeinden mit Karlsruhe und untereinander. Zu früh gefreut hatte sich allerdings derjenige, der meinte, damit könne man die Reform aussitzen.

Die erste Anhörungsrunde in Frühjahr 1970

Mit einem Diskussionsvorschlag war es die Landesregierung selbst, die versuchte wieder Fahrt in die Reformbemühungen zu bringen. Der Landkreis Karlsruhe sollte von 58 Städten und Gemeinden auf 17 Verwaltungseinheiten reduziert werden. Dabei war vorgesehen Eggenstein und Leopoldshafen mit Verwaltungssitz in Eggenstein zu einer „Selbstversorgergemeinde“ zu vereinigen. Ein Schock insbesondere für das seit der Gründung des Kernforschungszentrums aufstrebende Leopoldshafen. In der geforderten Stellungnahme beschloss der Eggensteiner Gemeinderat den Vorschlag billigend zur Kenntnis zu nehmen, während die Leopoldshafener Stellungnahme auf einer Selbständigkeit beharrte.

Die zweite Runde der Zielplanungen ab 1971

Neue Ideen beherrschten die zweite Anhörungsrunde zur Gemeindefusion. Das Ansinnen aus Stuttgart, die zukünftigen Verwaltungseinheiten weiter auf 13 zu reduzieren, hatte dazu geführt, dass Neureut und 6 weitere Gemeinden der Stadt Karlsruhe zugeordnet wurden. In der nördlichen Hardt sollte eine **Großgemeinde von Eggenstein bis Hochstetten** entstehen mit Verwaltungssitz in Eggenstein. Damit war ausreichend Öl ins Feuer der kommunalen Eitelkeiten gegossen.



Während der Eggensteiner Gemeinderat sich vornehm zurück hielt und neben der eigentlich gewünschten Selbständigkeit auch die Zusammenlegung mit Leopoldshafen oder gar, wie nun geplant, außerdem noch mit Linkenheim und Hochstetten, nicht ablehnte - Hauptsache es bliebe beim Verwaltungssitz Eggenstein -, wehrten sich Bürgermeister und Gemeinderat von Leopoldshafen mit Vehemenz gegen den Vorschlag der Vierergemeinschaft – vor allem gegen den Verwaltungssitz Eggenstein.

Dabei verkehrten die Gemeindevertreter das frühere Argument der Stadt Karlsruhe ins Gegenteil und wucherten mit dem Pfund Kernforschungszentrum als Garant für eine gute Entwicklung in Selbständigkeit. Die Einwohnerzahl solle in 10 Jahren von 4.000 auf bis zu 10.000 wachsen, die vorliegende Bauleitplanung sähe solche Möglichkeiten konkret vor. Außerdem wäre der Bau von Sport- und Mehrzweckhallen und einem Schwimmbad geplant und ein 6.000 m² großes Grundstück stünde für ein Verwaltungszentrum zur Verfügung. Für eine verbesserte interkommunale Zusammenarbeit schlug man die Bildung eines Nachbarschaftsverbandes mit der Stadt Karlsruhe und deren Umliegergemeinden vor.

Der große Nachbar droht mit Eingemeindung

Völlig unzufrieden mit der zweiten Anhörungsrunde war die Stadt Karlsruhe selbst. Oberbürgermeister Dullenkopf formulierte die maßlosen Ansprüche der Stadt, indem er die Eingemeindung von mindestens 13 Umlandgemeinden forderte, zudem noch die Einbeziehung der Stadt Ettlingen. Bei einer Anhörungstagung in der Leopoldshafener Rheinhalde prallten die unterschiedlichen Auffassungen aufeinander und es kam zum offenen Schlagabtausch, währenddessen der Karlsruher Oberbürgermeister den Eggensteinern und Leopoldshafenern unverhohlen drohte. Sollten sie sich mit Neureut verbünden und eine Fusion eingehen, müssten auch sie in das zukünftige Stadtgebiet einbezogen werden. Das war ein eindeutiger Warnschuss, der den Eggensteiner Gemeinderat noch am selben Abend dazu veranlasste seine Stellungnahme zur Verhinderung des „gemeinsamen Untergangs mit Neureut“ dahingehend anzupassen, dass man eine Verwaltungsgemeinschaft von Eggenstein bis Hochstetten akzeptieren würde. Soweit war man in Leopoldshafen noch nicht. Man bestand weiterhin auf Selbständigkeit, lediglich eine „Fühlungsaufnahme“ mit den Nachbargemeinden wurde ins Auge gefasst.

Die südliche Nachbargemeinde Neureut musste in der zweiten Anhörungsrunde zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt Karlsruhe wie selbstverständlich die Eingemeindung der mit 13.000 Einwohnern größten Landgemeinde in Baden-Württemberg als gegeben voraussetzte. Deshalb ergriff Bürgermeister Meinzer die Initiative und lud zu einem Treffen mit Eggenstein und Leopoldshafen ein. Die noch immer unterschiedlichen Interessen sowie die Drohungen der Stadt ließen keine einvernehmliche Lösung erwarten. Und so kam es auch.

Nachdem auch weitere Gespräche der Umlandgemeinden mit der Stadt Karlsruhe erfolglos geblieben waren, warnte der zukünftige Landrat, Dr. Ditteney, seine Bürgermeister davor, dass bei der 3. Anhörungsrunde im Frühjahr 1973 wohl Fakten geschaffen würden. Er schlug vor, dass Eggenstein und Leopoldshafen sowie Linkenheim und Hochstetten zunächst getrennt Verhandlungen aufnehmen sollten. Damit war die später tatsächlich umgesetzte Lösung geboren.